

## **Rede auf der Kundgebung: Gazakrieg stoppen – Menschenleben retten; am 10.4.2024**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir erleben heute eine **Verallgemeinerung der Kriege**.

Vor zwei Jahren begann der Krieg in der Ukraine.

Die **Regierung** treibt die **Militarisierung** der gesamten Gesellschaft, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens voran. Das deutsche Volk soll kriegstüchtig werden, der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert sogar die Siegfähigkeit ein. Die ersten Schritte in eine Kriegswirtschaft wurden eingeleitet.

Die Kosten für den Krieg werden auf die Bevölkerung abgewälzt, **der Krieg ist unvereinbar mit unserem Sozialstaat, unvereinbar mit Demokratie ist**.

**Wir stehen hier als Gewerkschafter und sagen Nein zum Krieg- Nein zum sozialen Krieg – Ja zum Frieden.**

4700 weitere Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre haben in einem Aufruf gefordert: Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: Gegen Kriege und gegen Aufrüstung.

Zigtausende Kollergen und Kolleginnen engagieren sich für diese Forderungen auf Demonstrationen und in Aufrufen.

Auf dem ver.di Gewerkschaftstag im letzten Sommer haben wir lange und ausführlich diskutiert.

Vor unseren Augen, vor den Augen der Weltöffentlichkeit führt seit Monaten die israelische Regierung völkermörderischen Krieg gegen das palästinensische Volk, in dem schon über 30.000 Palästinensern gestorben sind, in der Mehrheit Frauen und Kinder, einem Krieg, in dem neben Bomben und Raketen der Hunger als tödliche Waffe eingesetzt wird.

**Dazu können wir nicht schweigen.**

Unser Fachbereichsvorstand hat über diese Frage diskutiert und schon im Dezember eine Resolution verabschiedet.

Dort heißt es:

**„Die Grundrechte der Menschen müssen wieder hergestellt werden.** Wasser, Treibstoff, Lebensmittel und andere humanitäre Hilfe müssen in den Gaza-Streifen gelangen, die Stromversorgung muss wieder hergestellt werden, Ausländer und Palästinenser, die medizinische Versorgung benötigen, müssen den Gaza-Streifen verlassen können.

**Die von der Hamas gefangenen israelischen Geiseln müssen unverzüglich freigelassen werden.** Sowohl die Hamas als auch Israel müssen sich an die Standards des Völkerrechts und die Regeln der Genfer Konventionen zur Kriegsführung bezüglich des Wohlergehens und der Sicherheit der Zivilbevölkerung halten.

**In Gaza muss es einen Waffenstillstand geben.** Der Kreislauf der Gewalt muss gestoppt werden, damit die Verhandlungen für einen dauerhaften Frieden fortgesetzt werden.

**Die Bundesregierung muss handeln:** Wir fordern Olaf Scholz auf, unverzüglich zu einem Waffenstillstand aufzurufen.“

Soweit unser Beschluss-

Aber wir können uns nicht damit zufriedengeben – unser Gewissen beruhigen:

Die deutsche Regierung macht sich an diesem Völkermord der israelischen Regierung mitverantwortlich.

Sie ist der zweitgrößte Waffenexporteur nach Israel mit Waffenlieferungen im Wert von 354 Millionen US-Dollar im Jahr 2023, einer Verzehnfachung gegenüber dem Vorjahr.

Auch politisch und finanziell unterstützt die Regierung Scholz die Netanjahu- Regierung.

Unsere Hauptforderung muss sein:

**Stopp aller Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung an die Regierung Israels**

Wir wissen uns dabei eins mit zahlreichen Gewerkschaftern auf der ganzen Welt, die sofortigen Waffenstillstand fordern, insbesondere auch 100e Gewerkschaften in den USA, einschließlich dem AFL/CIO, und Gewerkschaften in vielen Europäischen Ländern.

Wir sehen uns damit eins, mit den Millionen die wöchentlich gegen den Krieg demonstrieren.

Der 1. Mai ist der Kampftag der Gewerkschaften für mehr Lohn, Freizeit und Sicherheit. Es muss der Kampftag sein für Frieden, Stopp dem Völkermord in Gaza, Stopp der Waffenlieferung – sofortiger Waffenstillstand!

*Gotthard Krupp, (ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Berlin Brandenburg)*